

Verteiler:

Senator	Polizeipräsident
StS	Landespolizeidirektion
Stadtrat für Inneres	Leiter LfV
SenRef	Landesbranddirektor
LeitRef	Direktor LEA Berlin
SenPR	Vorsitzender des ISOA
AbtL III	CdS
III A	L Dir VB
III B	L Dir VB c
III C	
AbtL AV	

L a g e b e r i c h t

"Innere Sicherheit"

Nr. 47/1990

für die Zeit vom 13.11. bis 19.11.1990

<u>Inhalt:</u>	<u>Seite</u>
1.2.1 Brandanschlag auf Wohncontainer für Aus- und Übersiedler in Dortmund/NW	2
1.2.2 Brandanschlag auf die Kreissparkasse in Peine	2 - 3
2.1.1 Polizeiliche Räumung der besetzten Häuser Pfarrstr.110,112 und Cotheniusstr. 16	3
2.1.2 Polizeiliche Räumung der besetzten Häuser Mainzer Str.	3 - 7
2.2 Angemeldete Großdemonstration im Zusammenhang mit den Hausräumungen Mainzer Str.	7
2.3 Allgemeines zur Lage "Hausbesetzungen"	8 - 10
2.4 Sogenannte Solidaritätsaktionen außerhalb der Stadt Berlin	10 - 12

registriert worden (Anschläge auf dem Gebiet der ehem. DDR und in Ostberlin werden bis Ende 1990 nicht in diese Zählung aufgenommen).

2. Andere besondere Ereignisse im Sicherheitsbereich

2.1 Räumung besetzter Häuser einschl. unfriedlicher Nachfolgeaktionen

2.1.1 Polizeiliche Räumung der besetzten Häuser Pfarrstr. 110, 112 und Cotheniusstraße 16 am 12.11.1990

Zu den polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Räumung der o.a. Häuser und den nachfolgenden Ausschreitungen siehe

- Lagemeldung SenInn III LZ Nr. 228/1990 vom 13.11.1990 und
- Verlaufsbericht des PolPräs - Dir 5 ÖS - vom 16.11.1990 (Anlage).

Hinweis:

Die Räumung des rechten Seitenflügels in der Cotheniusstraße 16, Prenzlauer Berg, bei der sechs Besetzer festgestellt wurden, verlief störungsfrei. Auch während der Ausschreitungen und sonstigen Aktionen ab 12.11.1990 wurde ein Bezug zur Räumung dieses Objektes nicht hergestellt.

2.1.2 Polizeiliche Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße einschl. der begleitenden/nachfolgenden gewalttätigen Ausschreitungen

Einzelheiten zu den polizeilichen Maßnahmen zur Räumung der 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße sowie der umfangreichen Gewalttätigkeiten während des Einsatzes und im Anschluß daran siehe

- Lagemeldung SenInn III LZ Nr. 230/1990 und 231/1990 vom 14. und 15.11.1990 und
- Verlaufsbericht des PolPräs - Dir 5 ÖS 2 - vom 16.11.1990 (Anlage).

Noch während der polizeilichen Maßnahmen zur Räumung der 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Friedrichshain am 14.11.1990 folgten bis zu etwa 300 Personen einem Aufruf des "Radio 100" zu einer ersten spontanen Protestdemonstration vor dem Rathaus Schöneberg. Von den dort versammelten Personen wurden Transparente unter anderem mit der Aufschrift "Bullen provozieren Gewalt - Stoppt die Gewalt" gezeigt. Gegen 11.00 Uhr bildeten die Demonstranten einen Aufzug und zogen über die Martin-Luther-Straße, Motzstraße zum Nollendorfplatz, wo dieser sich nach friedlichem Verlauf auflöste.

Ab 16.40 Uhr versammelten sich an diesem Tage zahlreiche Personen auf dem Senefelder Platz in Prenzlauer Berg, um an der angemeldeten Protestdemonstration des AstA der FU zum Thema "Hände weg von unseren Häusern" teilzunehmen. In der Zeit bis gegen 19.00 Uhr zogen dann ca. 4.000 Personen auf der angemeldeten Wegstrecke bis zum Straußberger Platz. Dieser Endplatz war dem Veranstalter anstelle des eigentlich angestrebten Marschziels (Frankfurter Allee/Mainzer Straße) von der Polizeibehörde auferlegt worden. Aus dem Aufzug, in dem eine zum Teil aggressive Stimmung herrschte, wurden vereinzelt Steine geworfen, Signalmunition verschossen und von einigen Teilnehmern die Vermummung angelegt. Insgesamt verlief der Aufzug jedoch ohne größere Zwischenfälle.

Nach Beendigung der Kundgebung am Straußberger Platz zogen bis etwa 2.000 Personen in geschlossener Formation in Richtung Mainzer Straße. Trotz enger Begleitung durch Polizei-Einsatzkräfte kam es vereinzelt zu Sachbeschädigungen (unter anderem an einer Bankfiliale, an Ladengeschäften sowie an abgestellten Kraftfahrzeugen). Ein direktes Erreichen der Mainzer Straße konnte die Polizei durch Errichten einer starken Absperrung in der Frankfurter Allee, Höhe Frankfurter Tor, verhindern.

Bis gegen 24.00 Uhr begingen dann kleinere Gruppen mit insgesamt etwa 250 Personen wiederholt Straftaten im Bereich Frankfurter Tor und des Bersarinplatzes. Sie versuchten Hindernisse auf Fahrbahnen zu errichten und begingen erneut Sachbeschädigungen an Einzelhandelsgeschäften und geparkten Fahrzeugen. Der Versuch, das Rathaus Friedrichshain zu besetzen, konnte von Polizeibeamten verhindert werden.

Im Verlauf der genannten gewalttätigen Ausschreitungen erlitten 13 Polizeibeamte Verletzungen, verblieben jedoch im Dienst.

Bilanz im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Räumung von besetzten Häusern und der sich anschließenden gewalttätigen Ausschreitungen seit dem 12.11.1990

- Angezeigte/Festgestellte Sachschäden

an Ladengeschäften	17
an Wohnhäusern/öffentl. Gebäuden	6
an Telefonzellen	24
an Pkw/Bauwagen	31
an Polizeidienstfahrzeugen	25

- Verletzte Polizeibeamte 253

davon traten vom Dienst ab	25
davon stationär in Krankenh. aufgenommen	4
(Art der Verletzungen: u.a. Nasenbeinbruch, Milzriß, Verbrennungen, Schlangenbiß, Knochenbrüche, Gehirnerschütterungen)	

- Freiheitsentziehungen insgesamt 468

davon nach Polizeirecht (ASOG)	103
und	
nach der Strafprozeßordnung (StPO)	365
davon männlich	254
weiblich	111

Jugendliche	10
Heranwachsende	54
Erwachsene	301
Staatsangehörigkeit	
Deutschland	344
Ausland	21
Wohnsitz	
Berlin	291
davon Ostberlin	58
andere Bundesländer (alt und neu)	56
Ausland	5
ohne festen Wohnsitz	13
Erkenntnisse insgesamt	107
davon	
allgemeine Kriminalität	78
Staatsschutz	29
Tatvorwürfe insgesamt	365
davon	
bes. schwerer Landfriedensbruch	27
Landfriedensbruch	142
Hausfriedensbruch	171
Verstöße gegen das VersG	17
sonstige Straftaten	8
Richterliche Entscheidungen	
Vorführungen	11
davon	
Haftbefehl	7
(einer davon mit Haftverschonung)	
Entlassungen	4

Eine statistische Auswertung der Meldeverhältnisse, Geburtsdaten und kriminalpolizeilichen Erkenntnisse geben Anhaltspunkte dafür, daß in der Mainzer Str. keineswegs überwiegend Wohnungssuchende, Ostberliner oder Jugendliche an den Hausbesetzungen oder anderen vorgeworfenen Straftaten beteiligt waren.

79% der Festgenommenen haben ein Meldeverhältnis in ehem. Berlin (W.), in anderen Bundesländer o. im Ausland.

17% haben ein Meldeverhältnis in Ostberlin und

4% haben keinen festen Wohnsitz.

2.2

Angemeldete Großdemonstration im Zusammenhang mit den Häuserräumungen in der Mainzer Straße

Am 18.11.1990 versammelten sich auf dem Breitscheidplatz ca. 3.000 zu dem vom AStA der FU zum Thema "Hände weg von unseren Häusern" angemeldeten Aufzug. Im Verlauf des Marsches wuchs die Teilnehmerzahl auf bis zu etwa 6.000 Personen an.

In Flugblättern, die am 17.11.1990 während des "Anti-Wehrpflicht-Aufzuges" verteilt worden waren, wurde in aggressiver Form gegen die polizeilichen Maßnahmen zur Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Str. polimisiert. Den politisch Verantwortlichen wird darin unter anderem vorgeworfen, mit "aus Westdeutschland angefahrenen 1.600 Polizisten und Bundesgrenzschutz mit schwerem Kriegsgerät den Bürgerkrieg zu proben". Der Aufzug sollte als sog. "Scherben-Demo" durchgeführt werden.

Obwohl sich im Aufzug bis zu etwa 800 zum Teil verummte und störbereite Personen befanden, kam es bis auf vereinzelt Werfen von Knallkörpern während des Aufzugs zu keinen gewalttätigen Ausschreitungen. Nach Erreichen des Endplatzes (Freifläche des Lustgartens) wurde die Veranstaltung gegen 17.30 Uhr ohne Abschlußkundgebung beendet. Im Anschluß daran versammelten sich ca. 300 Personen vor dem Roten Rathaus, um dort erneut gegen die Räumung der Häuser in der Mainzer Straße friedlich zu demonstrieren. Etwa zeitgleich zog eine Gruppe mit ebenfalls ca. 300 Personen geschlossen über die Friedrichstraße, Oranienburger Straße in Richtung Alexanderplatz, wo sie sich auflöste. Aus dieser Personengruppe waren Polizeibeamte vereinzelt mit Steinen beworfen worden. Insgesamt führte die Polizei 20 Freiheitsentziehungen, davon 13 nach der StPO, durch. Zwei Polizeibeamte erlitten Verletzungen, verblieben jedoch im Dienst.

2.3 Allgemeines zur Lage "Hausbesetzungen"

- Bei einer gemeinsamen Bestandsaufnahme der Polizei, der Wohnungsbau-GmbH und der Bauverwaltung wurden 115 Häuser, alle im Ostteil der Stadt, als z.Z. besetzt ermittelt. Nach Auskunft der Bauverwaltung werden in 53 Fällen erfolgversprechende Vertragsverhandlungen geführt (Stand: 15.11.1990).

- Neubesetzungen nach Räumung der Häuser in der Mainzer Straße:
 - Am 15.11.1990 wurde der Polizei angezeigt, daß mehrere Personen eine vermietete, jedoch zur Zeit leerstehende Wohnung im Haus Willi-Bredel-Str. 6, Prenzlauer Berg, besetzt haben. Die nachfolgende Überprüfung durch eine Funkstreife, die sich Zugang zur Wohnung verschaffte, ergab, daß unbekannte Personen das Schloß ausgewechselt hatten, jedoch sich zur Zeit der Überprüfung keine Personen in der Wohnung befanden. Anschließend wurde die Eingangstür gesichert.

 - Aufgrund eines Strafantrages und eines Räumungsbegehrens wurde der Polizei von der Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg bekannt, daß am 15.11.1990 ca. 10-12 Personen in das Haus Pfarrstr. 107 eingedrungen sind. Die Polizei stellte den offenkundigen widerrechtlichen Aufenthalt von Personen fest. An der Hausfront ist unter anderem ein Transparent "Jetzt wird aufgeräumt, was nicht in euer Stadtbild paßt" angebracht.

 - Am 16.11.1990 wurde durch Flugblätter darauf aufmerksam gemacht, daß eine Initiativgruppe von Obdachlosen, die sich "Plattengruppe" nennt, in das leerstehende Gebäude Marienstraße 19, Köpenick, eingedrungen ist. Das Haus wird von der Wohnungsbau-GmbH Köpenick verwaltet. Die zuständige Sozialstadträtin veran-